

766439-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Neubau Berufsschule Kronach - Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 7 hier Werkstattplanung gemäß §§ 53 ff. HOAI

OJ S 244/2024 16/12/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Kronach

E-Mail: Peter.Biedermann@lra-kc.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Berufsschule Kronach - Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 7 hier Werkstattplanung gemäß §§ 53 ff. HOAI

Beschreibung: Der Landkreis Kronach plant den Abbruch und Neubau der Berufsschule in Kronach. Das bestehende Berufsschulgebäude wurde in mehreren Bauabschnitten zwischen 1965 und 1980 errichtet und weist eine Gesamtfläche von ca. 15.000 m² sowie einen Bruttorauminhalt von 59.000 m³ auf. Die Freiflächen beziffern sich auf ca. 13.000m² ohne Turnhallen und Kreiskulturraum. In den Jahren 2018 + 2019 wurden umfangreiche Analysen, Studien und Untersuchungen am bestehenden Berufsschulzentrum durchgeführt um die Bausubstanz und die weitere Nutzung der Schule besser einzuschätzen. Eine 2023 erstellte Machbarkeitsstudie hat die Bestandsgebäude der Berufsschule im funktionalen und wirtschaftlichen Kontext bewertet und einem Neubau der Berufsschule gegenübergestellt. Als Fazit der Studie wurde ein gesamtheitlicher Neubau des Berufsschulzentrum beschlossen und soll nun umgesetzt werden. Für den Neubau sind ca. 6.800 m² NUF und ca. 12.000 m² BGF geplant und soll auf dem bestehenden Gelände der Berufsschule Kronach errichtet werden. Die Schüler sollen voraussichtlich während der Bauzeit auf bestehende Flächen innerhalb Kronachs ausgelagert werden, sodass der Abbruch sowie der Neubau der Berufsschule nicht im laufenden Betrieb erfolgen muss. Voraussichtlich kann nicht die Auslagerung der gesamten Schülerzahl auf bestehende Flächen verteilt werden, sodass ein gewisser Anteil der Schüler in einer interimweise Containeranlage ausgelagert werden muss. Die Abbruchplanung sowie die Interimsplanung sind nicht gegenständlicher Teil dieses Verfahrens. Im Zuge der Bauausführung ist auf den angrenzenden Flächen des Kreiskulturraums die stetige Zugänglichkeit während der Abbruchphase sowie der Bauzeit zu gewährleisten. Weiterhin ist zu beachten dass im angrenzenden nordwestlichen Grundstück zeitgleich der Rückbau sowie die neu Errichtung von zwei 2-fach Sporthallen geplant ist. Bei der Planung ist die derzeitige Energieversorgung der Berufsschule, welche sich in der Energiezentrale im UG der abzubrechenden Sporthalle befindet zu berücksichtigen. Der Abbruch sowie der Neubau der Sporthallen ist nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Für die Fachraumplanung wird derzeit noch die LPH 1+2 erarbeitet und im Zuge der Angebots- und Konzeptphase den ausgewählten Bietern zur Verfügung gestellt. Aufgrund der zentralen Lage im Frankenwald legt der Bauherr

bei der Planung höchsten Wert auf Ökonomische und Ökologische Ausführung des Gebäudes und würde die Errichtung der Berufsschule in Holzbauweise bevorzugen. Hierzu sollen im Zuge der weiteren Projektbearbeitung wirtschaftliche und Ökologische Variantenbetrachtungen erarbeitet werden. Das Projekt wird unter Einsatz der Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) umgesetzt. Hierzu definieren die Auftraggeber- Informations-Anforderungen (AIA) in verbindlicher Weise organisatorische Strukturen und Verantwortlichkeiten sowie wesentliche Prozesse, Qualitätskontrollen, Softwarelösungen und Formate die im weiteren Projektablauf zu berücksichtigen sind. Die finalen Informationen und Unterlagen für den AIA werden in der 2. Stufe des Verfahrens (Angebots- und Konzeptphase) den aufgeführten Bietern zur Verfügung gestellt. Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor: - Leistungsbeginn: Juni 2025 // - Baubeginn: 2. Quartal 2027 // - Fertigstellung: 3. Quartal 2030 // Die Gesamtkosten des Projektes (KG 200-600) werden auf 50,9 Mio € Brutto geschätzt, und gliedert sich in folgende Aufteilung der KG: - KG 200 1,5 Mio € Herrichten Interimsflächen // - KG 200 1.2 Mio € Abbruch // - KG 300 26,9 Mio € // - KG 400 10.9 Mio € // - KG 470 1.0 Mio € // - KG 500 3.5 Mio € // - KG 600 6.0 Mio € // Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen zu beauftragen: Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 7 hier Werkstattplanung (inkl. Gastküche) gemäß §§ 53 ff. HOAI Die Leistungen werden stufenweise beauftragt. Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphase 3 gemäß § 55 HOAI beauftragt. Die Leistungsphasen 5-9 werden stufenweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

Kennung des Verfahrens: f1194bd5-0085-499b-992b-3b9bbc455708

Interne Kennung: Werkstattplanung

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Kronach (DE24A)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Ausschlussgründe (namentlich §§ 123, 124 GWB [= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung], § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) werden dem deutschen Recht entsprechend geprüft.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Berufsschule Kronach - Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 7 hier Werkstattplanung gemäß §§ 53 ff. HOAI

Beschreibung: Der Landkreis Kronach plant den Abbruch und Neubau der Berufsschule in Kronach. Das bestehende Berufsschulgebäude wurde in mehreren Bauabschnitten zwischen 1965 und 1980 errichtet und weist eine Gesamtfläche von ca. 15.000 m² sowie einen Bruttorauminhalt von 59.000 m³ auf. Die Freiflächen beziffern sich auf ca. 13.000m² ohne Turnhallen und Kreiskulturraum. In den Jahren 2018 + 2019 wurden umfangreiche Analysen, Studien und Untersuchungen am bestehenden Berufsschulzentrum durchgeführt um die Bausubstanz und die weitere Nutzung der Schule besser einzuschätzen. Eine 2023 erstellte Machbarkeitsstudie hat die Bestandsgebäude der Berufsschule im funktionalen und wirtschaftlichen Kontext bewertet und einem Neubau der Berufsschule gegenübergestellt. Als Fazit der Studie wurde ein gesamtheitlicher Neubau des Berufsschulzentrum beschlossen und soll nun umgesetzt werden. Für den Neubau sind ca. 6.800 m² NUF und ca. 12.000 m² BGF geplant und soll auf dem bestehenden Gelände der Berufsschule Kronach errichtet werden. Die Schüler sollen voraussichtlich während der Bauzeit auf bestehende Flächen innerhalb Kronachs ausgelagert werden, sodass der Abbruch sowie der Neubau der Berufsschule nicht im laufenden Betrieb erfolgen muss. Voraussichtlich kann nicht die Auslagerung der gesamten Schülerzahl auf bestehende Flächen verteilt werden, sodass ein gewisser Anteil der Schüler in einer interimweise Containeranlage ausgelagert werden muss. Die Abbruchplanung sowie die Interimsplanung sind nicht gegenständlicher Teil dieses Verfahrens. Im Zuge der Bauausführung ist auf den angrenzenden Flächen des Kreiskulturraums die stetige Zugänglichkeit während der Abbruchphase sowie der Bauzeit zu gewährleisten. Weiterhin ist zu beachten dass im angrenzenden nordwestlichen Grundstück zeitgleich der Rückbau sowie die neu Errichtung von zwei 2-fach Sporthallen geplant ist. Bei der Planung ist die derzeitige Energieversorgung der Berufsschule, welche sich in der Energiezentrale im UG der abzubrechenden Sporthalle befindet zu berücksichtigen. Der Abbruch sowie der Neubau der Sporthallen ist nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Aufgrund der zentralen Lage im Frankenwald legt der Bauherr bei der Planung höchsten Wert auf Ökonomische und Ökologische Ausführung des Gebäudes und würde die Errichtung der Berufsschule in Holzbauweise bevorzugen. Hierzu sollen im Zuge der weiteren Projektbearbeitung wirtschaftliche und Ökologische Variantenbetrachtungen erarbeitet werden. Das Projekt wird unter Einsatz der Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) umgesetzt. Hierzu definieren die Auftraggeber-Informationen-Anforderungen (AIA) in verbindlicher Weise organisatorische Strukturen und Verantwortlichkeiten sowie wesentliche Prozesse, Qualitätskontrollen, Softwarelösungen und Formate die im weiteren Projektlauf zu berücksichtigen sind. Die finalen Informationen und Unterlagen für den AIA werden in der 2. Stufe des Verfahrens (Angebots- und Konzeptphase) den aufgeführten Bietern zur Verfügung gestellt. Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor: -

Leistungsbeginn: Juni 2025 // - Baubeginn: 2. Quartal 2027 // - Fertigstellung: 3. Quartal 2030 // Die Gesamtkosten des Projektes (KG 200-600) werden auf 50,9 Mio € Brutto geschätzt, und gliedert sich in folgende Aufteilung der KG: - KG 200 1,5 Mio € Herrichten Interimsflächen // - KG 200 1.2 Mio € Abbruch // - KG 300 26,9 Mio € // - KG 400 10.9 Mio € // - KG 470 1.0 Mio € // - KG 500 3.5 Mio € // - KG 600 6.0 Mio € // Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen zu beauftragen: Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 7 hier Werkstattplanung (inkl. Gastküche) gemäß §§ 53 ff. HOAI Die Leistungen werden stufenweise beauftragt. Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphase 3 gemäß § 55 HOAI beauftragt. Die Leistungsphasen 5-9 werden stufenweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

Interne Kennung: Werkstattplanung

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: — Beauftragungsstufe 1: Leistungsphase 3 gemäß § 55 HOAI. — Beauftragungsstufe 2: Leistungsphasen 5-7 gemäß § 55 HOAI — Beauftragungsstufe 3: Leistungsphasen 8+9 gemäß § 55 HOA Die Planungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden. Besondere Leistungen gem. Anlage HOAI, siehe Honorarformblatt.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Kronach (DE24A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 24/06/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/08/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber bzw. dessen Verfahrensbetreuer korrespondiert vorzugsweise über die Vergabeplattform. Bewerbungen sind ausschließlich unter Verwendung der Formblätter für den Teilnahmewettbewerb (Vergabeunterlage B) möglich. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied auszufüllen. Die benannten Termine für die Laufzeit des Vertrags beziehen sich auf den geplanten Beauftragungszeitpunkt (Beginn) und die geplante Nutzungsaufnahme der Hauptmaßnahme (Ende). Die Leistungszeit der Mängelbeseitigung, Restabwicklung und Abrechnung der Maßnahme, Erstellung/Übergabe einer vollständigen Dokumentation der erbrachten Planungsleistungen (inkl. Abnahme der Planungsleistungen) sowie die Leistungszeit der kompletten Lph. 9 können zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht exakt angegeben werden, sind daher im genannten Zeitraum nicht enthalten und müssen hinsichtlich der tatsächlichen Laufzeit des Vertrages noch dazugerechnet werden. Je Bewerber ist nur ein Teilnahmeantrag, je Bieter nur ein Angebot zulässig. Mehrfachbewerbungen bzw. -angebote führen zum Ausschluss vom Verfahren. Als Mehrfachbewerbungen/-angebote gelten auch mehrere Bewerbungen/Angebote von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bietergemeinschaften. Bewerber bzw. Bieter übermitteln ihre Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV über die genannte Vergabeplattform. Der Bewerber/Bieter trägt das Risiko der fristgerechten Übermittlung seines Teilnahmeantrags/Angebots. Zusätzliche bzw. ergänzende Angebotsunterlagen werden nicht berücksichtigt. Die Vergabeunterlagen stehen auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform zum Download zur Verfügung. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der in

dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform/Homepage zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls auf der unter Ziffer I.3. dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform informiert. Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform. Die Bewerber/Bieter, die sich freiwillig registrieren, werden über die verbindlichen Stellungnahmen auf die eingereichten Fragen und Anmerkungen per E-Mail informiert. Bei Bietergemeinschaften sind neben der Eigenerklärung auch die weiteren geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß § 75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Überprüfung der Eignung der Bewerber:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die Berufsausübung wird zunächst unter Bezugnahme auf § 44 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: 1.) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. – soweit zutreffend – zu den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten, Leistungsanteil) 2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung. 3.) Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV) 4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen 5.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB 6.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB 7.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendengesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 8.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5.) bis 7.): Erklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind. 9.) Erklärung zum Russlandbezug des Bieters / die Bietergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen. 10.) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Will sich der

Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 36 Abs. 1 S. 1 VgV freiwillig. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. 11.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Überprüfung der Eignung der Bewerber:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 45 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden im Fall der Zuschlagserteilung. Die Versicherung muss für die gesamte Vertragszeit unterhalten werden. Die Vorlage des Versicherungsnachweises nach Aufforderung ist zwingende Voraussetzung für die Zuschlagserteilung.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Überprüfung der Eignung der Bewerber:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 46 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV: Anhand einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren (2021-2023) erbrachten Leistungen wird die prinzipielle Eignung des Bewerbers geprüft. Bei dieser Liste ist je erbrachter Leistung die Angabe des Rechnungswertes (brutto, Kgr. 600 DIN 276), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der Dienstleistungen zu machen. Als prinzipiell geeignet werden Bewerber eingestuft, wenn Sie anhand der zu erstellenden Liste nachweisen können, dass aktuelle Erfahrungswerte bei der Erbringung vergleichbar komplexer Maßnahmen vorliegen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerber (vgl. § 51 Abs. 1 VgV):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordern den Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 1. Erklärung über den durchschnittlichen Gesamtumsatz netto des Bewerbers in den letzten 3 Jahren von 2021-2023 (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) – Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte werden wie folgt aufgeteilt: - Jahresmittel \geq 600.000 EUR/a (5 Punkte), - Jahresmittel $<$ 600.000 EUR/a und \geq 300.000 EUR/a (2,5 Punkte), - Jahresmittel $<$ 300.000 EUR/a (0 Punkte).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerber (vgl. § 51 Abs. 1 VgV):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordern den Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 2. Angabe der Beschäftigten der letzten drei Jahre von 2021-2023 für das gesamte Büro des Bewerbers in Bezug auf technisch ausgerichtete Aufgabenbereiche (in Anlehnung an § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) – Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte für technische Mitarbeitende (Ingenieure/Architekten, staatlich geprüfte Techniker, Meister u. ä.) werden wie folgt abgestuft: - durchschnittlich \geq 5 Technische Mitarbeiter (5 Punkte), - durchschnittlich $<$ 5 und \geq 3 Technische Mitarbeiter (2,5 Punkte), - durchschnittlich $<$ 3 Technische Mitarbeiter (0 Punkte).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerber (vgl. § 51 Abs. 1 VgV):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In einem weiteren Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordern den Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 3. Darstellung von maximal 3 Referenzprojekten aus den letzten 10 Jahren von 2013 bis zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge gemäß IV.2.2) dieser Bekanntmachung, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht. Wichtung 90 %. Referenzprojekte die vor 2013 in Betrieb genommen wurden, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Für die Maximalpunktzahl sollten folgende Anforderungen durch die Referenzprojekte erfüllt sein: Referenzprojekt 1-2: - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubau- oder Erweiterungsmaßnahme das unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt wurde - Das Referenzprojekt umfasst in der Bearbeitung mehrere Funktionsbereiche (z.B. Küche, Verwaltung, Großküchen, Bäckereieinrichtungen und Werkstätten Pflegeschule). Mind. drei verschiedene Funktionsbereiche - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme aus dem Bildungswesen (Berufsschule, Schule) inkl. Planung von Werkstätten. - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. $470+600 \geq 1,5$ Mio. € brutto. - Durch den Bewerber wurden

mindestens die Leistungsphasen 3–8 gemäß § 55 HOAI erbracht. - Derzeitiger Projektstand des Referenzprojekts ist mindestens Leistungsphase 8 oder das Projekt ist abgeschlossen. Referenzprojekt 3: - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubau- oder Erweiterungsmaßnahme das unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt wurde - Das Referenzprojekt umfasst in der Bearbeitung mehrere Funktionsbereiche (z.B. Küche, Verwaltung, Großküchen, Bäckereieinrichtungen und Werkstätten Pflegeschule). Mind. drei verschiedene Funktionsbereiche - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme aus dem Bildungswesen (Berufsschule, Schule) inkl. Planung von Werkstätten. - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme die mit der BIM Methodik bearbeitet wurde. - Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 3–8 gemäß § 55 HOAI erbracht. - Derzeitiger Projektstand des Referenzprojekts ist mindestens Leistungsphase 8 oder das Projekt ist abgeschlossen. Es können 30 Punkte je Referenzprojekt erreicht werden. Die maximal zu erreichende Punktzahl im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind 100 Punkte (max. 5 Punkte für Gesamtumsatz + max. 5 Punkte für Mitarbeiterzahl + 3 x max. 30 Punkte für Referenzprojekte). Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Eine Übersicht ist der „Vergabeunterlagen C – Kriterienkatalog“ zu entnehmen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personelle Besetzung - Gewichtung 35%

Beschreibung: Personelle Besetzung

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachtechnische Lösungsansätze - Gewichtung 25%

Beschreibung: Fachtechnische Lösungsansätze

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt / Projektanalyse - Gewichtung 15%

Beschreibung: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Gesamteindruck Konzept - Gewichtung 5%

Beschreibung: Gesamteindruck Konzept

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot - Gewichtung 20%

Beschreibung: Honorarangebot

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av23131c-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av23131c-eu>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av23131c-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/01/2025 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerische haftende Bieter-/Bewerbergemeinschaft unter Benennung desjenigen, der die Bieter-/Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung.

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern der Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung

von Rechtsbehelfen: — Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist

unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,

einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). — Bieter und

Bewerber können die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses feststellen lassen, wenn der

öffentliche Auftraggeber gegen die Informations- und Wartepflicht aus § 134 GWB verstoßen

hat oder der Auftrag rechtswidrig ohne vorherige Bekanntmachung im Amtsblatt der

Europäischen Union vergeben wurde. Wurde der Bewerber / Bieter ohne Vorabinformation direkt durch den öffentlichen Auftraggeber informiert oder die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, muss er einen Nachprüfungsantrag innerhalb von 30 Tagen einlegen, selbst bei unterbliebener Information jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss (§ 135 Abs. 2, Abs. 1 GWB). Neben den vorgenannten Rechtsbehelfsfristen sind folgende Rügefristen zu beachten: — Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). — Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Hitzler Ingenieure GmbH & Co. KG

Organisation, die Angebote bearbeitet: Hitzler Ingenieure GmbH & Co. KG

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Kronach

Registrierungsnummer: DE180066558

Postanschrift: Güterstraße 18

Stadt: Kronach

Postleitzahl: 96317

Land, Gliederung (NUTS): Kronach (DE24A)

Land: Deutschland

E-Mail: Peter.Biedermann@lra-kc.bayern.de

Telefon: +49 9261 678366

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av23131c-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern der Regierung von Mittelfranken

Registrierungsnummer: DE 811335517

Postanschrift: Promenade 27

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Landkreis (DE256)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Hitzler Ingenieure GmbH & Co. KG

Registrierungsnummer: DE 362851088

Postanschrift: Weimarer Str. 32

Stadt: München
Postleitzahl: 80807
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: markus.maul@hitzler-ingenieure.de
Telefon: 0892555957869

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c21943fd-31d6-4b30-bd3b-9957e742b39d - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/12/2024 09:28:09 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 766439-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 244/2024

Datum der Veröffentlichung: 16/12/2024